

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Haushaltssituation im Jahr 2012 war zwar weiterhin von erheblichen Defiziten geprägt, hat sich aber im Rahmen der beschlossenen Maßnahmen für das genehmigte HSK weitestgehend planmäßig entwickelt. Die Steuereinnahmen haben sich positiv entwickelt, das ist sowohl den Erhöhungen aus dem HSK, insbesondere bei der Gewerbesteuer, mit einem Mehraufkommen von rund 10 Mio. Euro als auch der guten konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2011 zu verdanken. Dies hat allerdings für das Haushaltsjahr 2013 eben auch zu der erheblichen Reduzierung der Schlüsselzuweisungen des Landes NRW von ebenfalls rund 10 Mio. Euro geführt. Trotz dieser positiven Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens wird das Spitzenergebnis des Jahres 2008 nicht erreicht. Ob wir diese Zahlen des Jahres 2008 mittelfristig noch einmal erreichen können, möchte ich bezweifeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Viele von uns sind, so wie ich, über Schlagzeilen wie „Kommunen haben die Krise überwunden“ oder „Gute Einnahmenentwicklung, aber steigende Kassenkredite“, zumindest verwundert, wenn nicht irritiert.

Dazu möchte ich an dieser Stelle unseren Hauptgeschäftsführer des deutschen Städtetages Stefan Articus zitieren:

„Der Deutsche Städtetag bewertet die gute Entwicklung der kommunalen Einnahmen positiv. Die strukturellen Probleme vieler Städte bestehen aber weiter und sind teilweise besorgniserregend. Sozialausgaben steigen, für notwendige Investitionen fehlt Geld. Zu viele Städte müssen ihre laufenden Kosten mit Kassenkrediten finanzieren.“

Das letztere trifft leider auch auf uns zu, wobei sich sowohl durch das HSK als auch die verbesserte Gewerbesteuersituation, die Situation bei unseren Kassenkrediten verbessert hat.

Die Lösung dieser strukturellen kommunalen Finanzprobleme muss deshalb als eine gesamtstaatliche Aufgabe begriffen werden und die entsprechenden weiteren Schritte müssen folgen. Ich halte es nicht für stimmig, wenn der Bund, der über die besten Möglichkeiten verfügt, durch Gesetze seine Einnahmesituation zu verbessern, die Einhaltung der Schuldenbremse schon vor dem ursprünglich vorgesehenen Datum als großen Erfolg darstellt, und gleichzeitig viele Kommunen vor Ort nicht wissen, wie sie die Enden finanziell zusammen bekommen können.

Nach der schrittweise Übernahme der Kosten nach SGB XII durch den Bund wären deshalb eine Beteiligung, besser noch die Übernahme der Kosten für die Eingliederung Behinderter und die Hilfe zur Pflege durch den Bund ebenso anzustreben wie Weiterführung und Erhöhung der Mittel für Städtebau und verbesserte Hilfen bei den Kosten in der Nachfolge des GVFG.

Aber auch beim Land sollte es nicht beim Stärkungspakt für die von Überschuldung bedrohten Städte bleiben, sondern bei den Kosten für Inklusion, den Investitions- und Betriebskosten für Kindertagesstätten oder den weiter anwachsenden Kosten für Hilfen zur Erziehung sind Hilfen von Seiten des Landes NRW nicht nur erwünscht, sondern dringend geboten, um die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten bzw. wieder herzustellen.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass NKF bedingt, fast 11 Millionen Euro Abschreibungen haushaltswirksam sind, die bilanziell bedeutsam, aber nicht unmittelbar liquiditätswirksam werden.

Allerdings wird dadurch der Werteverzehr unserer kommunalen Infrastruktur transparent und überdeutlich vor Augen geführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die derzeitige, vor allem von Unsicherheit geprägte Konjunktursituation, lässt keine verlässlichen Schlüsse auf die weitere Entwicklung zu. Die Zeichen stehen bei vielen heimischen Betrieben auf Abwarten. Der allgemein positive Trend am heimischen Arbeitsmarkt ist vorläufig gestoppt. Entlassungen wie vor einigen Tagen bei der Fa. Erco beschlossen, oder Betriebsaufgaben wie bei AIS Deco Systems sind ein deutliches Warnsignal für die wirtschaftliche Entwicklung im heimischen Raum. Für die davon betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Familien ist dies immer eine Katastrophe, insbesondere wenn wie bei AIS Deco Systems hier keine verantwortlichen Tarif bzw. Sozialpartner einen solchen Prozess begleiten.

Der wirtschaftliche Erholungsprozess ist leider, zumindest vorläufig, zum Stillstand gekommen. Zu hoffen bleibt, dass die stabile Binnennachfrage einerseits und die hoffentlich erfolgreichen Bemühungen zur Überwindung der EURO Währungsprobleme andererseits der wirtschaftlichen Entwicklung die nötigen Impulse geben können, um das Konjunkturrad wieder in Schwung zu bringen.

Sollten sich die Krisenanzeichen allerdings verdichten, appelliere ich von hier aus dringend an die Bundesregierung die von ihr leider zurückgenommenen Regelungen zur Verlängerung des Kurzarbeitergeldes sofort wieder einzuführen, denn insbesondere für unseren hiesigen Wirtschaftsraum hat sich diese verlängerte Kurzarbeit mehr als bewährt, so konnte Beschäftigung und Know how in den Betrieben in der Krise gesichert und für den Aufschwung in der jüngsten Vergangenheit bestens genutzt werden.

Stabile Beschäftigung und eine gute Binnennachfrage sind wichtige Grundlagen für einen gesunden Einzelhandel. Hier ist unsere Stadt nach wie vor ein sehr gefragter Standort. Wenn mit die Realisierung der Pläne von P&C ein gewisser Abschluss der Neuausrichtung und Modernisierung im Bereich des Stern –und Rathausplatzes erreicht ist, gibt es in der Stadt noch viel zu tun. Der Trend des großen Einzelhandels ins unmittelbare Zentrum ist kaum aufzuhalten, aber gerade die übrigen Bereiche unserer Innenstadt, aber auch die Angebote im weiteren Zentrum und in den Stadtteilen bedürfen unserer positiven Begleitung. Hier meine ich beispielsweise die Entwicklung des Einzelhandels am Bräucken, in Brügge Ost, aber auch die glücklicherweise von der Regionale eröffneten Möglichkeiten für den Knapp, aber auch insbesondere für die Alt- und Oberstadt. Voraussetzung für eine weitere konstruktive Beratung und eine gedeihliche Einzelhandelsentwicklung in unserer Stadt ist allerdings als Entscheidungsgrundlage die in Auftrag gegebene Fortschreibung unseres Einzelhandelsgutachtens. Damit sind dann aktualisierte Daten als Grundlagen für eine sachliche Diskussion und eine Beurteilung von Investorenanfragen gegeben, auf die sowohl die Verwaltung als auch der Rat dringend angewiesen sind.

Die Vermarktung der ehemaligen Wehmeyer Fläche im Sterncenter ist nach Angaben des neuen Centermanagers Herrn Ehlers auf gutem Weg. Dies wäre gutes Zeichen für Lüdenscheid als attraktives Einkaufszentrum für die Region.

Ein wichtiges Indiz für die beschriebenen wirtschaftlichen Tendenzen sind die veröffentlichten Zahlen vom heimischen Arbeitsmarkt:

Waren im August des 2010 noch 4706 Menschen ohne Beschäftigung so verzeichnet die Agentur im Jahr 2011 für den Bereich der Geschäftsstelle Lüdenscheid 3733 Menschen, die dort arbeitslos gemeldet sind. Die entsprechende Zahl für den August 2012 betrug 3855 Personen mit der entsprechenden Veränderung der jeweiligen Quote von 8,6 % über 6,8 % zu jetzt aktuell 7,1 %. Dieser aktuelle leichte Anstieg muss noch nicht sämtliche Alarmglocken auslösen, macht aber sicher deutlich, dass wir wirtschaftlich wieder schwierigeren Zeiten entgegen gehen. Der Arbeitsplatzabbau betrifft vor allem einfache, rationalisierungsanfällige Arbeitsplätze, während die Nachfrage nach höheren Qualifikationsanforderungen weiter stabil ist. Viele der offenen Stellen betreffen den qualifizierten technischen Bereich, also hoch qualifizierte Facharbeiter, Techniker, Ingenieure.

Genau an diesem Punkt setzen unsere Bemühungen zum Ausbau des Bildungsstandortes Lüdenscheid an. Deshalb ist es wichtig, die Denkfabrik gemeinsam zu einem Erfolg für unsere gesamte Region Südwestfalen und insbesondere für unsere Stadt zu machen.

Hier geht es keinesfalls um ein Prestigeprojekt für einige Wenige sondern um die Lösung einer Schlüsselfrage für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt Lüdenscheid.

Dies hat einer der wichtigsten Arbeitgeber unserer Stadt im Zusammenhang mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes vor einigen Wochen hier an dieser Stelle im Ratssaal in einer Ansprache noch einmal nach- und eindringlich klar gemacht.

Ich hoffe, dass sich die erfreulich positive Tendenz auf dem Ausbildungsmarkt, die wir in den letzten beiden Jahren erleben konnten, fortsetzt. So haben wir aktuell bei der BA lediglich noch 57 unversorgte junge Menschen für den gesamten Bereich der Agentur für das jetzt begonnene Ausbildungsjahr zu verzeichnen, davon 8 in der Geschäftsstelle Lüdenscheid. Und hier beginnen jetzt die Nachvermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit noch einmal sehr intensiv. Die Bewerber/Ausbildungsplatzrelation im Jahr 2010/2011 mit 1,17 wurde für das Ausbildungsjahr 2012/13 mit 1,16 noch einmal leicht gesteigert. Das erhöht die Chancen auch der jungen Menschen, die nicht mit den Top Zeugnissen, aber möglicherweise mit anderen Fähigkeiten und Eigenschaften punkten können. Außerdem werden bei zunehmenden Angeboten und einer Verbesserung der Bewerber/Ausbildungsplatzrelation die Auswahlmöglichkeiten für den Nachwuchs so verbessert, dass Neigungen und Interessen besser berücksichtigt werden können. Die Bemühungen zur vertieften Berufsorientierung junger Menschen, um hier Fehlentwicklungen und damit spätere Misserfolge zu vermeiden, dürfen aber keinesfalls verringert oder gar eingestellt werden. Hier sind die von der Bundesregierung im Haushalt der Agentur für Arbeit zu verantwortenden Kürzungen mehr als kontraproduktiv. Ich hoffe, dass das vom Land NRW angekündigte reformierte Verfahren zum verbesserten Übergang Schule – Beruf nicht einen ähnlichen Hintergrund hat. Das wäre nach meiner festen Überzeugung sparen an der völlig falschen Stelle. Wir als Stadt Lüdenscheid werden unsere Ausbildungsbemühungen bedarfsorientiert fortsetzen. Darüber haben wir in der Ratssitzung Anfang Oktober ausführlich diskutiert, so dass ich Ihnen das Wiederholen der entsprechenden Argumente an dieser Stelle erspare. Leider sind wir auf absehbare Zeit nicht mehr in der Lage durch zusätzliche Ausbildungsplätze, wie in der Vergangenheit, einen Sonderbeitrag zur Verbesserung der Ausbildungssituation in unserer Stadt zu leisten. Umso wichtiger ist es aber, dass wir alles dafür tun, dass die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt und Region positiv bleibt und damit einhergehend das Ausbildungsstellenangebot insgesamt mehr Angebote mit sich bringt. Das Bewusstsein der Lüdenscheider Unternehmen und anderer Ausbildungsplatzanbieter ist gewachsen, jetzt unbedingt Vorsorge im Bezug auf die demografische Verknappung und damit den zukünftigen möglichen Fachkräftemangel zu treffen.

Dies zeigte das Rieseninteresse an der 2. sehr erfolgreichen Ausbildungsmesse in unserem Kulturhaus. Durch Flexibilität von Kulturhaus, Veranstaltern und den interessierten Anbietern konnten in diesem Jahr an bewährter Stelle, 80 Institutionen und Unternehmen um den Nachwuchs werben. Dabei ist ganz besonders die große Bandbreite ihrer Angebote, hervorzuheben.

Der besonderen Herausforderung im Ausbildungsjahr Jahr 2013 durch den sog. Doppeljahrgang waren sich viele Anbieter von Ausbildungsplätzen durchaus bewusst und haben erkennen lassen, sich in dieser besonderen Situation auch zusätzlich zu engagieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Unterstützung und Hilfen von Bund und Land können wir aber nur dann glaubwürdig einfordern, wenn wir unsere eigenen Hausaufgaben bei den städtischen Finanzen gemacht haben. Es war deshalb gut und richtig die teilweise schwierigen und schmerzhaften Entscheidungen in den vergangenen Haushaltsberatungen zum Schluss mit breiter Mehrheit auf den Weg zu bringen, Allerdings zeigen sich jetzt, bei der Umsetzung, dass dies eben nicht ohne spürbare und sichtbare Konsequenzen bleibt. Lassen sie mich an dieser Stelle beispielsweise die Diskussionen um die Pflege städtischer Grünflächen oder des sogenannten Strassenbegleitgrünes nennen.

Hier kann man ganz nach altem Muster sofort nach zusätzlichen Mitteln rufen (offensichtlich nach dem Muster: für die Einnahmenbeschaffung zu diesem Zweck ist selbstverständlich die Verwaltung zuständig, fürs Ausgeben dann die Fachpolitik) oder aber Preise für das Finden der größten Brennnessel ausloben. Man kann allerdings auch, und dies geschieht dankenswerter Weise in zunehmendem Maße, als Bürger Bereitschaft zeigen, selbst zusätzliche Verantwortung zu übernehmen und selbst Hand anlegen. Dafür lassen sich immer mehr Beispiele benennen, auch von Begegnungen in meiner Bürgersprechstunde. Ist es wirklich so außergewöhnlich oder gar unzumutbar, wenn ich z.B. gerade den Rasen im eigenen Vorgarten gestutzt habe, auch die benachbarte städtische Fläche mit zu mähen, natürlich nach entsprechender fachlicher Absprache mit dem STL. Die Möglichkeiten bessere Pflegestandards über den unabweisbaren Pflichtbereich im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht hinaus zu bieten, in dem dort zusätzliche, gemeinnützige Tätigkeiten durchgeführt werden (Stichwort 1 Euro) sind durch die radikalen Kürzungen der Mittel durch den Bund kaum noch vorhanden. Bei unseren Versuchen, angesichts dieser schwierigen Rahmenbedingungen die besten Ergebnisse für unsere Stadt zu erreichen, sind die Reaktionen der Ratsmitglieder sehr unterschiedlich.

Mancher legt mit Hand an, andere bleiben in alten Mustern, und fordern zunächst mal wieder sehr abstrakt verstärkte Aktivitäten der Verwaltung bzw. zusätzliche Finanzen, ohne zu benennen, wo das Geld herkommen soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Weiterentwicklung unserer Stadt Lüdenscheid und des Gemeinwesens liegt uns sicher allen am Herzen. Deshalb muss die Stadtentwicklung auch trotz der beschriebenen schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen weitergehen.

Das geht von Seiten der Stadt sicher nicht mehr mit dem Tempo und den Mitteln vergangener Jahre und doch versetzt uns die Förderkulisse der Regionale 2013 in die Lage, das Bahnhofsgelände zum anspruchsvollen Quartier mit FH, Denkfabrik, DIAL und hoffentlich weiteren interessanten Nutzungen zu entwickeln. Vor einigen Tagen habe ich gemeinsam mit dem Kollegen W.D.Theissen, bei der Unterzeichnung der Bibliothekskooperation (Verweis auf Initiative der SPD Fraktion zu dieser Kooperation, HH-Rede Diller HH 2012) zwischen unserer Stadtbücherei und der FH Südwestfalen 4 junge Studentinnen und Studenten des Bereiches Medizintechnik kennengelernt.

Einer kam aus Lüdenscheid, ist also Beispiel für die gewünschte stärkere Bindungswirkung an unsere Stadt, die drei anderen sind von auswärts nach Lüdenscheid gezogen, um hier die weiteren Semester zu absolvieren. Dieses Beispiel erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität, zeigt aber, dass damit ein wichtiger Beitrag für eine attraktivere Stadt, eine wirksame Unterstützung des wirtschaftlichen Strukturwandels und ein Beitrag zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur geleistet worden ist.

Der Wettbewerb zur Brückengestaltung ist abgeschlossen, jetzt geht es an die Umsetzung, die Planungen zur Erweiterung und Modernisierung der Phänomonta und der Einrichtung des Technikzentrums als Herzstück der Denkfabrik sind weit vorangekommen. Der Stadtumbau im Gesamtquartier geht voran, was nicht zuletzt durch das Stadtumbaubüro in der Knapper Strasse verdeutlicht wird. Dies ist die Form von Wirtschaftsförderung und Standortsicherung mit langfristiger Perspektive, die wir in der gesamten Region, gerade aber auch am verarbeitungsstarken Standort Lüdenscheid benötigen.

Das nicht nur das unmittelbare Zentrum im Fokus steht, macht nicht zuletzt die fertig gestellte Parkpalette Corneliusstrasse deutlich, die sowohl die Wohnmöglichkeiten in der Ober- und Altstadt stärkt, aber auch zukünftige Weiterentwicklungen in diesem wichtigen Bereich unserer Stadt ermöglicht.

In Brügge entsteht endlich das neue Feuerwehrgerätehaus und die Ausgestaltung des Bahnhofes Brügge, der durch die Weiterführung der Bahnlinie nach Köln eine erhebliche Aufwertung erfährt, nimmt konkretere Formen an, zumindest, was die Planung angeht. Möglicherweise kann in den nächsten Jahren auch noch ein durchgehender Volmeradweg realisiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meines sehr geehrten Damen und Herren,

ein gutes Beispiel wie Bürger unserer Stadt mit ihrem Engagement für zusätzliche Attraktivität sorgen können, war der von Herrn Denecke und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern erfolgreich durchgeführte FAMO. Hier wurden in vorbildlicher Weise unter Einbeziehung möglichst vieler privater und öffentlicher Unterstützer kulturelle, sportliche, spielerische und andere Angebote für Familien in allen ihren Generationen innerhalb eines Monats konzentriert präsentiert und umgesetzt. Die Auswertung wird wichtige Hinweise geben, wie die positiven Elemente nachhaltig weiterentwickelt werden können. Zunächst aber von dieser Stelle aus noch einmal an Willi Denecke und das FAMO Team, in dem viele Mitarbeiter unseres Hauses engagiert mitgearbeitet haben, ein riesengroßes Dankeschön.

Zur Familienfreundlichkeit gehören sicher aber auch qualitativ gute und verlässliche Kinderbildungs- und Betreuungsangebote und nicht solche abenteuerlichen Vorhaben wie das geplante Betreuungsgeld der Bundesregierung. Diese Mittel könnten wir hier vor Ort für den weiteren Ausbau einer qualitativ hochstehenden vorschulischen Bildung und Betreuung wesentlich sinnvoller einsetzen.

Das neben der Denkfabrik und dem Feuerwehrgerätehaus in Brügge der U 3 Ausbau mit 1,4 Millionen Euro **den** Investitionsschwerpunkt in unserem Haushaltsplanentwurf 2013 darstellt, macht deutlich, dass wir uns bemühen, hier voran zu kommen. Ob damit aber der tatsächliche Bedarf im Sinne des Rechtsanspruches erfüllt werden kann, ist ungewiss. Hier sind mehr Flexibilität der Landesbehörden, die Solidarität unserer bewährten freien Träger, aber sicher auch noch weitere Anstrengungen über 2013 hinaus erforderlich, um den quantitativen Anforderungen gerecht zu werden. Das darunter die Qualität der zu leistenden Arbeit nicht leiden darf und soll, da sind wir uns hier im Rat sicher einig, denn langsam hat sich die Bedeutung und der Stellenwert der vorschulischen Bildung etabliert, dahinter dürfen wir nicht zurückfallen, nur weil gesetzlicher Anspruch und das Tempo beim U 3 Ausbau nicht synchron laufen. In Umsetzung des Konnexitätsurteiles hat sich die kommunale Familie inzwischen mit dem Land NRW auf einen tragbaren Kompromiss geeinigt. Hier fließen die entsprechenden zusätzlichen Mittel bereits. Rund 500000 Euro durch erhöhte Kindpauschalen in 2013, denen natürlich auch erhöhte Aufwendungen gegenüber stehen.

Es bleibt im übrigen bei der Aussage des vergangenen Jahres: „Jede Absage bei den Betreuungsplätzen ist unabhängig von jeder Quote eine Absage zuviel und bedeutet eine Einschränkung des Rechtes Familie und Beruf sinnvoll miteinander verbinden zu können.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch wenn wir in der letzten Ratssitzung unsere Schulentwicklungsplanung einstimmig verabschiedet haben, werden die Auswirkungen von Inklusion und Demografie auf unsere Schullandschaft weiter zu diskutieren und zu gestalten sein. Hier bin ich gespannt auf die Vorgaben des Landes, aber auch darauf welche Hilfen und Unterstützungsangebote bei den möglicherweise erforderlichen Maßnahmen gemacht werden. Denn auch wenn wir durch Schülerrückgänge Raumkapazitäten gewinnen, erfordert Inklusion in unseren Schulen zum Teil erhebliche Umstrukturierungen, die sicher nicht zum Nulltarif zu haben sind. (Konnexitätsrelevanz wird von Düsseldorf z.Zt. bestritten)

Positiv ist die Entscheidung des MK zu bewerten, die Schulsozialarbeit, die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes nach SGB II auf den Weg gebracht worden ist, noch in 2014 durchführen zu können. Den holperigen und verspäteten Beginn haben schließlich weder wir Kommunen noch die Schulen zu vertreten. Wichtig wäre es, in 2013 Bilanz zu ziehen, was mit der Schulsozialarbeit erreicht worden ist und welche Bereitschaft bei Land und Bund besteht, hier dauerhafte Hilfen zu gewährleisten.

Was sich sehr bewährt hat, ist jedenfalls unser Lüdenscheider Konzept zur Unterstützung von Grundschulern. Die Resonanz aus den beteiligten Schulen ist sehr positiv, so dass der Einsatz dieser Mittel zur Förderung der Bildungschancen trotz schwieriger Haushaltslage ausgesprochen sinnvoll ist.

Stadtentwicklung muss immer die dynamischen Veränderungsprozesse in unserer Stadt berücksichtigen. Unser neuer Flächennutzungsplan ist kein Zukunftsthema mehr ist, sondern steht hoffentlich kurz vor der Genehmigung durch die Bezirksregierung. Dazu hoffe ich, dass die Auftaktsitzung des Lenkungskreises Demografie deutlich machen konnte, dass durch die konzentrierte Bearbeitung des Themas durch die Projektstelle Demografie der Nutzen für das Handeln von Politik und Verwaltung vergrößert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wie in jedem Jahr werbe ich für offene Haushaltsplanberatungen, die in diesem Jahr allerdings erstmalig den Rahmen des beschlossenen und genehmigten HSK zu berücksichtigen haben. Ich hoffe auf eine parteiübergreifende, faire Zusammenarbeit und in diesem Sinne auf konstruktiven Diskussionen und Ergebnisse zu unseren wichtigen Zukunftsthemen

Mein besonders herzlicher Dank geht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bei der Aufstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt haben, insbesondere natürlich an unseren Kämmerer Herrn Blasweiler und Herrn Haarhaus mit ihrem Team, Mit diesem Dank möchte ich schließen und mich bei ihnen herzlich für ihre Geduld und Aufmerksamkeit bedanken.